

der die Festigung des allgemeinen Friedens zum Ziel hat und den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes entspricht, positiv beantworteten.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verurteilen entschieden die Haltung der führenden Kreise der Bundesrepublik, die im Komplott mit den Regierungen der Westmächte bestrebt sind, die Lösung der Abrüstungsfrage zu stören. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 29. Juli dieses Jahres versuchen die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik erneut, die Einstellung des Wettrüstens von einer Regelung der deutschen Frage, deren Lösung sie selbst in jeder Weise verhindern, abhängig zu machen. Die Regierungen der Bundesrepublik und der Westmächte schaffen einen Teufelskreis und beweisen damit anschaulich, daß sie weder das Problem der Abrüstung noch die deutsche Frage lösen wollen und hauptsächlich an die Fortsetzung des kalten Krieges und des Wettrüstens denken. Es ist kein Zufall, daß in Westdeutschland viele Persönlichkeiten des politischen Lebens und Organisationen, die die Lage nüchterner einschätzen, eine solche Politik der Bundesregierung als mit den Interessen des deutschen Volkes unvereinbar brandmarken. Daß die gegenwärtige Politik der Westmächte und der Regierung der Bundesrepublik nur zur weiteren Verschärfung der internationalen Spannung in Europa führt und die deutsche Frage weiter kompliziert, zeigen auch solche Schritte der jüngsten Zeit wie die Vereinbarungen über den Gemeinsamen Markt und das Euratom, die die Spaltung Europas und Deutschlands vertiefen. Hierzu gehört auch die Schaffung des sogenannten Ostseekommandos der NATO.

Die sowjetische Seite brachte ihre volle Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, daß die Ostsee ein Meer des Friedens sein und den Interessen der friedlichen Entwicklung der europäischen Länder dienen muß, zum Ausdruck. Die Sowjetunion unterstützt das Streben der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen nach Vereinbarungen mit den anderen Ostseestaaten über die Zusammenarbeit der Ostseeländer zur gemeinsamen Lösung der gemeinsamen Probleme.

Beide Seiten gaben erneut ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß die Sicherheit in Europa nicht auf dem Wege der Teilung der europäischen Länder in sich entgegenstehende Militärblocks erreicht